Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1902

554 (27.11.1902) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe: Wöchentlich zwölf mal. Abonnementspreis: Vierteljährlich: in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mk. 80 Pf., in das Haus gebracht: 3 Mk., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf. Vorausbezahlung.

Sprechstunde der Redaktion 3—4 Uhr.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr: Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pfg., für auswärtige Inserate 20 Pf. Reklamezeile 60 Pf.

Inseraten-Annahme in der Anzeigen-Expedition der Bad. Landeszeitung, Karlsruhe, Hirschstraße 3, sowie in allen Bureaux der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 27. November 1902.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

223. Sitzung vom 26. November.

12 Uhr. Das Haus ist gut besetzt.

Am Bundesrathstisch bei Beginn der Sitzung nur Kommissare.

Die zweite Berathung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt bei dem sozialdemokratischen Antrag, als § 11f einzuschalten:

Der Bundesrath hat die Zölle auf die nachbenannten Waaren aufzuheben, sobald deren Verkaufspreise die Preise erreichen: Weizen 215 Mk. die Tonne, Roggen 165, Gerste 155, Hafer 155, Hülsenfrüchte 185, Lupinen 80, Malz 175, Mais 155 Mark die Tonne.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.) begründet den Antrag unter allgemeiner Unaufmerksamkeit des Hauses. Abgeordnete der Rechten und des Centrums stehen gruppenweise zusammen und führen mit einander lebhafte Gespräche. Allmählich leert sich der Saal. — Redner führt aus, wenn man Minimalzölle einführe, so müsse man wenigstens als Korrelat Maximalpreise festsetzen, die nicht unter der Zollherrschaft überschritten werden dürfen. Man müsse doch ein Mittel an der Hand haben, um in solchen Zeiten, die durch übermäßige Getreidepreise das Vorliegen eines allgemeinen Nothstandes beweisen, Abhilfe zu schaffen. Dies bezwecke der Antrag seiner Partei. Er erinnere daran, daß im Jahre 1891, als die Getreidepreise zu unerschwinglicher Höhe anwuchsen, selbst Graf Kanitz die Aufhebung der Getreidezölle beantragte. Der Antrag sei auch geeignet, allgemein schädlichen Getreidespekulationen von großem Umfange entgegenzuwirken. Wer nicht eine rücksichtslose Preissteigerung des Brodgetreides wolle, der müsse seinem Antrage zustimmen.

Abg. Dr. **Müller-Sagan** (freis. Vp.): Der Antrag ist meinen Freunden durchaus sympathisch, wir halten aber die angesetzten Maximalpreise nicht für den praktischen Bedürfnissen entsprechend. Sie hätten noch viel niedriger bemessen sein können. Eigentlich hätten Graf Kanitz und seine Freunde im Saale bleiben und Stellung zu dem Antrag nehmen müssen. Meine Partei wird in der zweiten Lesung den Antrag ablehnen, behält sich aber vor, wenn die Zahlen entsprechend verändert werden, ihm in der dritten Lesung zuzustimmen.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) kommt Anfangs nicht zu Worte, da die Abgeordneten in Folge eines irrthümlich abgegebenen Glockenzeichens, in der Meinung, es finde jetzt die Abstimmung statt, in den Saal hineinströmen, aber beim Anblick des Redners geräuschvoll den Saal wieder verlassen. — Redner führt aus, die in den Paragraphen aufgenommenen Maximalpreise seien mit Absicht gerade in der vorgesehenen Höhe fixirt worden, denn diese Sätze stammten aus dem erwähnten gleichartigen Antrage des Grafen Kanitz aus dem Jahre 1891; es solle also gerade durch diese Sätze der Rechten die Zustimmung zu dem Antrage erleichtert werden. (Heiterkeit.) Es wäre geradezu ein nationales Mißgeschick, eine nationale Auswucherung, ein nationales Unglück, wenn die Preise diese schwindelnde Höhe erreichen sollten. Allerdings, man kann die Frage aufwerfen: Was ist national? Die Agrarier betrachten es als national, die Früchte der nationalen Arbeit in ihre Taschen zu stecken. Von diesem nationalen Gesichtspunkt aus dürfen Sie freilich nicht für den sozialdemokratischen Antrag stimmen. Doch giebt es auch noch andere Anschauungen. Wir sind der Ansicht, daß die Zustimmung zu unserm Antrag eine rettende That für die gesammte Nation ist.

Die Abstimmung über den § 11f ist eine namentliche.

Sie ergiebt mit 192 gegen 41 Stimmen die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags.

Es folgt die Debatte über § 12.

Dieser Paragraph handelt von dem Inkrafttreten des Gesetzes und hebt die bisherigen Gesetze über diese Materie auf.

Die Regierungsvorlage bestimmt über das Inkrafttreten: „Der Zeitpunkt, mit welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, wird durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths bestimmt."

Die Kommission hat dagegen folgende Bestimmungen beschlossen: „Dieses Gesetz tritt an einem durch kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesraths festzusetzenden Tage, spätestens am 1. Januar 1905 in Kraft."

Abg. Dr. **Paasche** (nat.-lib.) beantragt Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Die Sozialdemokraten beantragen prinzipaliter zu sagen: „Der Zeitpunkt, mit welchem dies Gesetz in Kraft tritt, wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt." Eventuell beantragen sie auch Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Abg. **Gothein** (freis. Vgg.): Ich weiß nicht, ob die Mehrheit sich der Hoffnung hingiebt, daß die Berathung des Zolltarifs bis Weihnachten beendigt sein wird. Das könnte doch nur geschehen, wenn sie sich über alle Bestimmungen der Geschäftsordnung hinwegsetzen und die ganze Berathung zu einer Farce machen wollte. Wir glauben nicht, daß an den herumschwirrenden Gerüchten etwas Wahres ist. Wenn aber selbst der Entwurf glücklich verabschiedet ist, so werden die Handelsvertragsverhandlungen doch noch sehr lange Zeit in Anspruch nehmen. Selbst auf Grundlage des früheren, so einfachen Tarifs haben sie ziemlich geraume Zeit gedauert: Wie nun erst jetzt, bei diesem komplizirten Tarif mit seinen horrenden Erhöhungen, die naturgemäß die anderen Staaten doch so weit als möglich herabzudrücken versuchen werden. Es muß also vor allen Dingen eine genügende Zeit gelassen werden, und es hat keinen Zweck, die Frist willkürlich einzuengen. Die Festsetzung eines Termins würde die Verhandlungen überstürzen und die Qualität der Handelsverträge verschlechtern. Die Rechte wirkt hier als unfreiwilliger „Agent des Auslands", da sie die Position unserer Regierung gegenüber den ausländischen schwächt. Man macht ja jetzt freilich Stimmung für den Tarif, der nun mit einem Male, koste es was es wolle, durchgedrückt werden soll. Der oberschlesische Berg- und Hüttenverband, der den Entwurf früher „scheußlich" fand, hat sich jetzt bekehrt. Vermuthlich erlag er einem suggestiven Einfluß der Behörden. Und doch ist vor Allem jetzt mehr denn je auf eine vorsichtige und kluge Regelung unserer Handelsbeziehungen zum Auslande hinzuarbeiten. Unsere Industrie liegt an der Krise schwer darnieder. Alle Prophezeiungen, daß die Gewalt derselben nachlassen würde, sind zu Schanden geworden. Was soll denn nach Annahme des Tarifentwurfs besser werden? Das sind ja alles nur Illusionen. Es ist doch mehr als unsicher, ob der Tarif die Vertragsverhandlungen erleichtern wird. Wundersam drücken sich in dieser Beziehung die Motive aus. Sie erinnern lebhaft an die schöne Geschichte von dem jungen Mann, der in glühender Liebe um ein Mädchen warb, und als er von einem Freunde gefragt wurde: „Nun, sag mal, wie weit seid Ihr denn eigentlich?", ihm antwortete: „Halb sind wir schon einig: ich will!" (Heiterkeit.) Gerade so scheint es unserer Regierung zu gehen. Sie wird noch Schwierigkeiten genug haben. Wie schwer es oft ist für Liebende, zusammenzukommen, sehen wir doch daran, daß die Verständigungsverhandlungen, die hier in dieser lebhaften Weise geführt werden, so gar nicht recht vom Fleck kommen. Tag für Tag kommen ja die Herren mit der Regierung zusammen, und man ist doch hier viel weiter, als jener junge Mann, der doch nur einseitig wollte, man will doch beiderseitig, und trotzdem geht's nicht vorwärts. Nun, schließlich wird ja wohl die Mehrheit in den sauren Apfel beißen. Aber woher wissen wir denn, daß die Regierung auf Grund dieses Tarifs Verträge wird abschließen können? Der Herr Reichskanzler glaubt es, der Glaube des Herrn Reichskanzlers ist ja etwas sehr Schönes, aber etwas Sicheres ist er nicht. Ich glaube, es liegt im Interesse unserer eigenen Industrie, den Bogen nicht zu überspannen. Das Beste wäre die Verlängerung der Handelsverträge auf Grundlage des bestehenden Tarifs. Der „Hannoversche Courier" hat freilich aus Berlin eine anscheinend von einem Parlamentarier herrührende Korrespondenz gebracht, die diesen Gedanken mit Spott und Hohn übergoß. Aber der Gedanke stammt vom Reichskanzler selbst, das beweist eine hochoffiziöse Aeußerung der „Süddeutschen Reichskorrespondenz". Es scheint in der That, als ob kein anderer Ausweg bleibt. Wenn der Tarifentwurf angenommen wird, so haben Sie vielleicht für einige Wochen eine Hausseströmung an der Börse; weiter aber auch gar nichts. Denn der innere Markt ist nicht entscheidend für unsere Industrie, und der äußere ist von den Handelsverträgen abhängig. Bis 1905 wird die Unsicherheit in der Industrie also andauern müssen. Nur die Verlängerung der bestehenden langfristigen Handelsverträge ist der kürzeste und gangbarste Weg zur sofortigen Befestigung dieser Unsicherheit, zur Beendigung der Krise. (Beifall links.)

Abg. Dr. **Paasche** (nat.-lib.) begründet seinen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Ich glaube nicht, daß der Gedanke des Vorredners, die bestehenden Handelsverträge auf Jahre hinaus zu verlängern, irgend eine Aussicht auf Verwirklichung hat; denn zu dieser Verlängerung gehört doch die Genehmigung des Reichstages, und daß diese erfolgen wird, darauf ist weder in diesem noch in einem späteren Reichstage zu rechnen. (Lachen links.) Der kommende Reichstag wird nicht wesentlich anders zusammengesetzt sein, als dieser. (Widerspruch links.) Tagtäglich erhalten wir aus unseren Wählerkreisen Zuschriften, wir möchten doch für baldigste Verabschiedung des Zolltarifs auf der Basis der Regierungsvorlage Sorge tragen. Es geschehen Zeichen und Wunder. Selbst in Kreisen, die Herren Gothein nahe stehen, mehren sich die Stimmen für die Annahme der Regierungsvorlage. (Unruhe links.) Wir müssen nun mit der Thatsache rechnen; daß in der Kommission die Regierung es für unmöglich erklärt hat, daß ein bestimmter Termin für das Inkrafttreten des Zolltarifs festgesetzt wird. Es sprechen gegen diese Festsetzung einmal verfassungsmäßige Bedenken, denn das Inkrafttreten des neuen Tarifs setzt die Kündigung der bestehenden Handelsverträge voraus. Diese Kündigung ist aber ein Thronrecht, in das wir nicht begrenzend eingreifen dürfen. Es sprechen aber auch materielle Gründe gegen die Festsetzung eines Termins, denn setzen wir ihn zu früh an, so zwingen wir die Regierung, die Vertragsverhandlungen zu überstürzen, und setzen wir ihn zu spät an, so geben wir den mitkontrahirenden Staaten Anlaß und Gelegenheit, die neuen Vertragsverhandlungen aufzuschieben und zu verzögern. Wir alle müssen wünschen, daß das Gesetz zu Stande kommt. (Zurufe links: Alle?) Jawohl, Alle, die es mit der Industrie, der Landwirthschaft und den Arbeitern gut meinen. (Beifall rechts.) Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrage zuzustimmen.

Abg. **Stadthagen** (Soz.) befürwortet den sozialdemokratischen Antrag. Wenn sich die Stimmen für eine Verständigung mehren, so liege das nur daran, daß die Industriellen fürchten, es werde sonst gar nichts zu Stande kommen. Die Konservativen haben Angst vor dem Bund der Landwirthe, das Centrum hat Angst vor dem Bund der Landwirthe und den Konservativen. Aus Angst laufen Sie auch aus dem Saale, wenn wir reden, denn Sie fürchten, durch unsere Gründe womöglich doch noch überwunden zu werden. (Lachen rechts.) Wie man behaupten kann, daß man es mit dem Arbeiter wohl meine, wenn man ihm die wichtigsten Nahrungsmittel vertheuert, das verstehe ich nicht. — Unser Antrag, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Tarifs durch besonderes Gesetz festzulegen, bewegt sich durchaus im Rahmen der Verfassung, denn dieser Antrag besagt nichts weiter, als daß Bundesrath und Reichstag gemeinsam diesen Zeitpunkt festzusetzen haben. Bei einer so wichtigen Angelegenheit dürfte man die Mitwirkung des Reichstages nicht ausschalten. Einen bestimmten Termin für das Inkrafttreten des Tarifs schon jetzt festzusetzen, ist unmöglich und unnöthig, da ja die bestehenden Handelsverträge, wenn sie nicht gekündigt werden, immer ein Jahr weiter laufen. Man kann doch auch unmöglich den Termin für das Inkrafttreten dieses Gesetzes früher bestimmen, als bis man weiß, wie denn eigentlich die vielen Hunderte von Millionen, die es eintragen wird, verwendet werden sollen. Ich kann doch nicht annehmen, daß die Mehrheit des Hauses diese gewaltigen Summen lediglich für Militär- und Marinezwecke aufwenden will, Summen, zu denen jede Arbeiterfamilie nicht weniger als 200 Mark beisteuert. Sie können doch nicht eher den Termin für das Inkrafttreten des Gesetzes bestimmen, als bis Sie Gewähr dafür geboten haben, daß dem Arbeiter der Mehraufwand an Ausgaben zu nothwendigen Lebensmitteln nun auch durch höhere Löhne ersetzt wird. Ihre Versprechungen auf diesem Gebiete können dem Arbeiter nichts helfen, das muß durch ein besonderes Gesetz festgelegt werden. Auf Ihre Majorität dürfen Sie sich nichts einbilden. Konservative, Freikonservative und Centrum zusammen haben nur 34 Prozent der abgegebenen Stimmen bei den Wahlen im Jahre 1898 auf sich vereinigt; also die Mehrheitsparteien in diesem Hause können sich nur gerade auf ein Drittel der Wähler im Lande berufen. Angesichts dieser Thatsache, daß Sie damit rechnen müssen, daß zwei Drittel des Volkes gegen den Tarif sind, hätten Sie besonderen Anlaß, Vorsicht bei der Festsetzung des Termins für das Inkrafttreten des Gesetzes zu beobachten. Deshalb bitten wir Sie dringend, unseren Prizipalantrag anzunehmen; dadurch werden die Wähler Gelegenheit erlangen, bei den nächsten Wahlen ihre Ansicht über den Tarif zum Ausdruck zu bringen. Zu bedauern ist es nur, daß so viele Abgeordnete der Rechten und des Centrums während meiner Rede hinausgegangen sind. Es wird wohl nothwendig werden, künftig einen Phonographen im Reichstagsrestaurant aufzustellen, der dort unsere im Saale gehaltenen Reden wiederholt. Hoffentlich versteht sich Herr Spahn dazu, einen dahingehenden Antrag einzubringen.

Abg. **Schrader** (freis. Vgg.): Wir stehen hier auf dem Standpunkt der Regierungsvorlage, wenn schon der Tarif Gesetz werden soll, was ja mit aller Macht angestrebt wird. Die national-liberale Partei trägt die Verantwortung, wenn der Tarif zu Stande kommt. Sie scheint ja die Führung in den Verständigungsverhandlungen übernommen zu haben. Die Herren von der Mehrheit haben auch heute ihre Wortmeldungen zurückgezogen, nachdem der Abg. Paasche sich zum Wort gemeldet hatte. Auch das ist ein Symptom. Die große Mehrheit unserer Industriellen ist von vornherein Gegner des Tarifentwurfs gewesen. Ich wüßte auch nicht, daß sie anderer Meinung geworden ist. Deshalb haben meine politischen Freunde auch keinen Anlaß, ihre Haltung zu ändern. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, daß es kolossal schwierig ist, auf Grund des gegenwärtigen Entwurfes Handelsverträge zu machen. Vergessen Sie nicht, daß dieser Zolltarif nicht hervorgegangen ist aus der Initiative der Regierung, sondern auf Grund langwieriger Unterhandlungen mit einzelnen Interessentengruppen. Es scheint fast, als ob der Zolltarif nur dazu da sein soll, um dem Lande etwas vorzuspiegeln, was gar nicht da ist. Aus diesem Grunde lehnen wir ihn nach wie vor strikte ab. Leute, die vor einem Jahre den Entwurf als unannehmbar bezeichneten und jetzt den verschlechterten Entwurf annehmen wollen, kann man politisch überhaupt nicht ernst nehmen. Wir werden fortfahren, diesen Zolltarif mit allen Mitteln zu bekämpfen, die uns zu Gebote stehen (hört! hört!) und die verfassungs- und geschäftsordnungsmäßig zulässig sind. Wir verlangen nichts Anderes, als daß Sie den Zolltarif so behandeln, wie es einer wichtigen und spezialisirenden Vorlage gebührt. Sie können wohl einzelne wirklich zusammengehörige Positionen zusammen berathen, aber Sie dürfen nicht Alles zusammenfassen. Eine solche Behandlung, die jede ernste Berathung ausschließt, ist unmöglich. Sie würde, wenn sie wirklich zur That werden sollte, den Reichstag in der Achtung der gesammten Oeffentlichkeit herabsetzen und entwürdigen. (Lebhafter Beifall links.)

Staatssekretär im Reichsamt des Innern Graf **von Posadowsky**: Sie haben in der Kommission beschlossen, daß die Regierung bis zu einem bestimmten Tage den Entwurf in Kraft treten lassen muß. Ich habe in der Kommission erklärt, und ich wiederhole es heute: Eine solche Bestimmung können die verbündeten Regierungen nicht annehmen. Wir können uns keinen Termin festsetzen lassen. Ich habe die Gründe hierfür in der Kommission eingehend auseinandergesetzt, und ich glaube, daß auch die Führer derjenigen Parteien, die jenen Beschluß bewirkt haben, vollkommen darüber informirt sind, welche schwerwiegenden Gründe vorliegen, um die Bestimmung der Frist uns unannehmbar erscheinen zu lassen. (Hört! hört!) Ich bitte Sie daher dringend, die Regierungsvorlage in diesem Paragraphen wiederherzustellen oder den Antrag des Herrn Abgeordneten Paasche anzunehmen.

Abg. Graf **von Limburg-Stirum** (kons.): Meine politischen Freunde haben sich von den Argumentationen, wie sie auf der linken Seite dieses Hauses üblich sind, nicht überzeugen lassen können. Wenn Sie den Aufruf betrachten, der von den Herren vom Handelsvertragsverein 1901 erlassen wurde, und in dem es heißt: „Um Gottes Willen, lehnt den Entwurf ab, sonst bekommen wir keine Handelsverträge!", und dann zusehen, daß derselbe Herr, der jenen Aufruf unterzeichnet hatte, jetzt verkündigen läßt: „Um Gottes Willen, nehmt den Entwurf an, sonst bekommen wir keine Handelsverträge!", so kann man sich ein Bild davon machen, wie die Dinge vor sich gegangen sind. Offenbar haben die Herren vom Handelsvertragsverein sich bei ihrem Vorgehen etwas ganz Verschiedenes gedacht. Herr Gothein wollte weder Erhöhung der Agrar-, noch Erhöhung der Industriezölle; dagegen die Herren von der Industrie, die mitgingen, wollen zwar keine Erhöhung der Agrar-, wohl aber eine Erhöhung der Industriezölle. Nunmehr wollen diese Herren, nachdem sie sehen, daß es das Eine ohne das Andere nicht giebt, als gute Geschäftsleute lieber die Agrarzölle mit in den Kauf nehmen, als auf die Industriezölle verzichten.

Meine politischen Freunde sind der Ansicht, daß die Kommissionsfassung in § 12 das Richtige trifft. Wir können uns vom Gegentheil nicht überzeugen lassen. (Hört! hört!) Man sagt, dadurch werde der Abschluß von Handelsverträgen schwierig, ja unmöglich. Nun, die letzten Handelsverträge sind geschlossen auf Kosten der Landwirthschaft. Wir müssen darauf halten, daß sie sobald als möglich wieder verschwinden. (Unruhe links.) Gewiß können und sollen sie durch neue ersetzt werden. Aber wir sind der Meinung, daß die handelspolitische Lage Deutschlands derartig ist, daß Deutschland gute Handelsverträge von seinen Kontrahenten erzwingen kann. (Beifall rechts.) Wir haben eine ganz ungerechtfertigte Angst davor, daß wir einmal in einen Zollkrieg kommen. Ich brauche Ihnen wohl nicht wieder damit zu kommen, daß handelspolitische Verträge nicht verquickt werden dürfen mit politischen Allianzen. Der frühere Reichskanzler Graf Caprivi hat leider offen mit diesem Grundsatz gebrochen. Der gegenwärtige Reichskanzler hat aber zu meiner großen Freude erklärt, daß er diese Vermengung nie gestatten würde. Aber das Ausland versucht diese Dinge, und darin muß ihm mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. Wir haben Symptome dafür, daß das Ausland sich jetzt schon in unsere Berathungen gemischt hat. (Hört! hört! rechts.) Auch die Erklärungen, die wir in der Kommission erhalten, haben uns gezeigt, daß manche unserer Beschlüsse von gewisser Seite bekämpft werden. (Unruhe.) Da müssen wir mit Entschiedenheit auftreten. Wenn wir einen Termin in den Entwurf hineinsetzen, so stärken wir nur damit die Stellung unserer Regierung und schwächen sie nicht. Ich bleibe dabei: Das Ausland hat dasselbe Interesse an Handelsverträgen, wie wir. Wir können von ihm viel erreichen. Aber die Voraussetzung ist, daß man sich bei uns nicht scheut, lieber als schlechte Handelsverträge den Zustand der Handelsvertragslosigkeit in Kauf zu nehmen. (Hört! hört!) Si vis pacem, para bellum! Willst Du Handelsverträge, so scheue Dich nicht vor dem Zollkrieg! (Unruhe links.) Wir haben von einem Vertreter der Industrie gehört, man scheue sich bei uns viel zu sehr vor dem Gedanken eines Zollkrieges. Hätten wir dies nicht früher gethan, dann wäre unser Verhältniß zu Amerika nicht ein so schlimmes. Die Amerikaner hätten, wenn sie Ernst und Festigkeit bei uns gesehen hätten, als gute Geschäftsleute nachgegeben, und wir hätten dann jetzt wirklich eine Meistbegünstigung und nicht eine Meistbenachtheiligung. Ich bitte Sie also: Bleiben Sie bei den Beschlüssen der Kommission stehen! (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Spahn** (Centr., schwer verständlich): Meine Freunde haben sich nach eingehenden Berathungen entschlossen, den Kommissionsbeschluß fallen zu lassen (Aha! links) und den Antrag Paasche anzunehmen. Auch wir müssen die verfassungsmäßigen Bedenken gegen den Kommissionsbeschluß anerkennen, maßgebend aber sind für uns vor Allem wirthschaftliche Gründe. Wir halten es mit dem Abg. Paasche für möglich, daß die Folge des Kommissionsbeschlusses eine Benachtheiligung Deutschlands bei den Handelsvertragsverhandlungen sein kann. Es kommt hinzu, daß der Staatssekretär heute den Kommissionsbeschluß ausdrücklich als unannehmbar bezeichnet hat. An diesem Punkt wollen wir das Gesetz nicht scheitern lassen.

Abg. **Gothein**: Wenn der Staatssekretär mit derselben Entschiedenheit in der Kommission gesprochen hätte, wie hier, würde die Majorität für die Regierung noch größer sein als heute. Herr Paasche spielte auch auf die veränderte Haltung in den Kreisen meiner Freunde an. Er irrt sich aber. Der Handelsvertragsverein wird keineswegs umfallen. Sehen Sie sich nur die Proteststimmen an, die jetzt überall sich gegen das Vorgehen der Ausschußmitglieder erhoben haben. Graf Limburg warnte wieder davor, politische mit handelspolitischen Interessen zu vermengen. Er hat sich dadurch in Widerspruch mit dem Fürsten Bismarck gesetzt, der in den ersten Jahren seiner Wirksamkeit bis in die siebziger Jahre hinein stets handelspolitische Zugeständnisse gemacht hat, um politischen Zwecken

zu dienen. So hat er die Handelspolitik benutzt, um die Einigung Deutschlands zu erreichen und Oesterreich auszuschließen.

Abg. Dr. Barth (freis. Vgg.) verzichtet auf das Wort.

Damit schließt die Erörterung.

In namentlicher Abstimmung wird zunächst der sozialdemokratische Prinzipalantrag mit 230 gegen 46 Stimmen abgelehnt. Darauf wird der Antrag Paasche auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage mit 196 gegen 76 Stimmen angenommen. — Der sozialdemokratische Eventualantrag, der mit dem Antrag Paasche übereinstimmt, ist dadurch mit erledigt.

Sodann wird der § 12 im Ganzen in der Regierungsfassung in einfacher Abstimmung angenommen.

Präsident Graf Ballestrem läßt darauf über Einleitung und Ueberschrift des Gesetzes abstimmen, die gleichfalls angenommen werden.

Abg. Singer (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident! Meiner Ansicht nach ist hiermit das ganze Gesetz noch nicht in zweiter Lesung erledigt, da ja noch die Abstimmung aussteht über Absatz 1 des § 1, welcher lautet: „Bei der Einfuhr von Waaren werden Zölle nach Maßgabe des nachstehenden Zolltarifs erhoben".

Präsident Graf Ballestrem: Das habe ich ja auch gar nicht behauptet, daß die zweite Lesung schon ganz erledigt sei. Ueber den Absatz 1 des § 1 kann natürlich erst dann abgestimmt werden, wenn der ganze Zolltarif erledigt ist.

Abg. Singer: Man läßt doch aber über Einleitung und Ueberschrift eines Gesetzes erst dann abstimmen, wenn es vollständig erledigt ist.

Präsident Graf Ballestrem: Das ist nirgends vorgeschrieben. Einleitung und Ueberschrift sind ein Theil des Gesetzes wie jeder andere, und es kann daher jederzeit darüber Beschluß gefaßt werden.

Damit ist die zweite Lesung des Zolltarifgesetzes, abgesehen von Absatz 1 § 1 beendet.

Der Berichterstatter Speck (Centr.) referirt hierauf über die zu dem Gesetz eingegangenen Petitionen.

Abg. Gothein (freis. Vergg.): Wir haben Alle dem Referenten für sein eingehendes Referat (es dauerte drei Viertel Stunden) Dank abzustatten. Aber es war eine ziemlich unfruchtbare Arbeit. Nachdem alle Beschlüsse gefaßt sind, sind die Petitionen nur noch der Senf nach dem Braten. Ich freue mich, daß Herr Dr. Bachem wieder hier ist, der neulich sein warmes Interesse für die Petitionen betont und es heute dadurch bekundet hat, daß er während des Referats in eifrigster Weise die Zeitung studirt hat (Heiterkeit). Hoffentlich tritt er dafür ein, daß in Zukunft die Petitionen mehr zu ihrem Recht kommen, dadurch, daß sie nicht hinterher, sondern bei den einzelnen Positionen gleich mit behandelt werden. Und ich möchte beantragen, daß dies bei der zweiten Berathung des Tarifs geschieht.

Präsident Graf Ballestrem: Ich bemerke, daß die heute eingehaltene Praxis dem Gebrauch des Hauses entspricht. Nach der zweiten Berathung folgt das Referat über die Petitionen. Und das ist auch sachlich berechtigt. Denn wenn diese Petitionen Einfluß auszuüben in der Lage sind, so kann sich dies bei der dritten Berathung zeigen. Abgestimmt über die Petitionen wird erst in der dritten Berathung. Ich werde auch bei dieser Uebung bleiben, wenn nicht ein Beschluß des Hauses mir einen anderen Weg weist.

Abg. Dr. Barth (freis. Vergg.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Gothein an.

Abg. Gamp (Rp.) macht auf die gedruckten Petitionsverzeichnisse aufmerksam. An Hand derselben haben wir uns schon eingehend mit den Petitionen beschäftigt, wenn die Herren von der Linken jetzt noch weiter informirt werden wollen, so zeigt das nur, daß sie sich um die Petitionen noch gar nicht gekümmert haben. (Lärm links.)

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Die Einwendungen der Linken richten sich gegen ein System, das von jeher im Reichstage bestanden und sich vorzüglich bewährt hat. Wollte man den Herren von der Linken folgen, so würden Gesetze mit vielen Paragraphen überhaupt nie zur Verabschiedung gelangen können. Auch ein Zolltarif, dem Herr Barth mit Begeisterung zustimmte, würde dann nicht zu Stande kommen, selbst dann nicht, wenn der ganze Reichstag nur aus Anhängern des Herrn Barth bestände. Allzugroße Gründlichkeit ist der Tod jedes guten Erfolges. Ich vermuthe aber, diese Anregung gehört zu jenem System der Gründlichkeit, das als Mittel der Obstruktion im Lande ausposaunt worden ist. (Sehr gut! rechts und im Centrum.)

Abg. Singer (Soz.): Sie sind in die Zolltarifbehandlung von Anfang an mit vorgefaßter Meinung eingetreten. Sie wollen die Gründe von der anderen Seite gar nicht hören, ja, Sie fürchten sie. (Gelächter rechts und im Centr.) Sie wollen einfach Alles niederstimmen, was Ihrer vorgefaßten Meinung in den Weg tritt. Bisher galt als das oberste Gesetz der Berathung von wichtigen Vorlagen stets die Gründlichkeit. Und die Herren rechts sind ja im Abgeordnetenhause zuweilen recht gründlich gewesen. Das Petitionsrecht wird durch die jetzige Art der Behandlung der Petitionen vollständig illusorisch gemacht. Das wollen die Petenten doch nicht, daß ihre Beschwerden einfach sans façon „für erledigt erklärt" werden. Sie (nach rechts) wollen verhindern, daß Redner aus dem Hause auf den Inhalt der Petitionen eingehen

Abg. Stadthagen (Soz., mit allgemeinem Oh! empfangen) bleibt schwer verständlich, scheint sich in ähnlichem Sinne zu äußern.

Abg. Dr. Barth (freis. Vergg.) polemisirt gegen den Abg. Gamp.

Abg. Dr. Bachem (Centr.): Ich kann auch auf das Wort verzichten. (Große Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Wir kommen nunmehr zu den Petitionen über die bereit erledigten Positionen 1 bis 4 des Tarifs (Roggen, Weizen, Hafer, Gerste).

Ein Antrag Barth, das Referat hierüber an den Schluß der Berathung des ganzen Tarifs zu setzen, wird abgelehnt.

Referent Abg. Graf v. Schwerin-Löwitz (kons.) berichtet kurz über die betreffenden Petitionen. Es sind deren 30 436.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Präsident Graf Ballestrem schlägt vor, die nächste Sitzung morgen 1 Uhr abzuhalten.

Abg. Herold (Centr.) beantragt, sie um 2 Uhr beginnen zu lassen.

Abg. Gothein (freis. Vergg.) beantragt, die Petitionen bei den einzelnen Positionen mit berathen zu lassen.

Präsident Graf Ballestrem: Die Petitionen stehen ja immer mit zur Berathung. Es kann natürlich auf sie eingegangen werden.

Abg. Gothein (freis. Vergg.): Dann bitte ich aber, daß der Referent vor der Berathung über die Petitionen referirt.

Präsident Graf Ballestrem: Ja, dazu kann ich ihn nicht zwingen. (Schallende Heiterkeit.)

Es wird beschlossen, die nächste Sitzung entsprechend dem Antrag Herold morgen, Donnerstag, 2 Uhr, beginnen zu lassen. Tagesordnung: zweite Berathung des Zolltarifs, beginnend mit Position 5 (Buchweizen).

Schluß 6¼ Uhr.

Weihnachtsbücher.

* Der Protestantismus am Ende des 19. Jahrhunderts in Wort und Bild. Verlag Wartburg (Inh.: Werner Verlag, G. m. b. H., Berlin, Lindenstraße 16/17). Herausgeber: Pastor C. Werckshagen, Berlin. Vollständig in 50 Lieferungen à 1 M. Das große protestantische Verlagsunternehmen, das zur Jahrhundertwende zu erscheinen begann, liegt nunmehr abgeschlossen vor. Wenn schon der erste Band den höchsten Anforderungen entspricht, so zeigt doch erst der zweite Band, wie groß und bedeutend dieses Werk in Anlage und Ausführung ist. Es ist nach den Worten eines berufenen Beurteilers „ein Werk, das alle Gebiete umspannt, das zehn andere ersetzt, und daher auch vor anderen vom gebildeten evangelischen Hause Besitz zu ergreifen berufen und geartet ist. Denn es ist die stolzeste litterarische Repräsentation der gesamten kulturgeschichtlichen Leistung des Protestantismus, die wir bislang haben". Der zweite Band umfaßt die Hefte 26—50 nebst einem sehr umfangreichen sorgsam ausgearbeiteten Register. In Heft 26 berichtet der heimgegangene Prof. Beyschlag über die Entwickelung deutsch-evangelischer Kirchenverfassung im 19. Jahrhundert. Kurz nach Vollendung dieser überaus interessanten Arbeit hat der Tod dem unvergeßlichen Manne die Feder aus der Hand genommen. Die folgenden Hefte (27—30) enthalten eine Sammlung biographischer Skizzen aller hervorragenden Gelehrten und Kirchenmänner des 19. Jahrhunderts. Fast alle diese Beiträge sind von Freundeshand verfaßt, so daß jede Richtung, jede Gruppe, jede Schule hier zu Wort kommt und zwar durch ihre berufensten Vertreter. Der zusammenfassende versöhnende Charakter des Werkes tritt hier aufs deutlichste vor das Auge des Lesers. Ein großer Stab der hervorragendsten Autoren haben an dem Werk mitgearbeitet. Ueber die hervorragendsten Kanzelredner des Jahrhunderts berichtet Professor D. Achelis in Marburg. Es folgt ein Heft über „Evangelisches Christentum außerhalb der Landeskirche", nämlich den Protestantismus in freikirchlicher Gestalt (die Altlutheraner), die Brüdergemeine und die Mennoniten, je von einem diesen Denominationen angehörigen Verfasser. Sehr lehrreich hat Professor Rein in Jena das evangelische Volksschulwesen behandelt; dies Heft ist in Text und Bild ein Schatz für sich. Besonders erfreulich ist auch Richard Weitbrechts: „Der Protestantismus in der deutschen Dichtung". Der „Protestantismus in der bildenden Kunst des 19. Jahrhunderts" zerfällt in drei Abschnitte: 1. Malerei; 2. Bildnerei und Baukunst. Das ganze Doppelheft ist von Dr. P. Schubring in Berlin verfaßt; der 3. Teil behandelt ausschließlich den protestantischen Kirchenbau, in den beiden ersten handelt Verfasser über die beiden Künste, soweit ihm Vertreter und Werke „in Beziehung zu dem protestantischen Gedankenkreis" sind, welchen er — sicherlich mit Recht — besonders in der freien Innerlichkeit findet. Dem protestantischen Ausland sind die Hefte 38 bis 48 gewidmet. Das Evangelium in den Landen der habsburgischen Monarchie behandelt der erste protestantische Kirchenhistoriker Oesterreichs, Reg.-Rat Prof. Loesche in Wien; über das evangelische Leben in der Schweiz bringt das Werk eine wertvolle Publikation des inzwischen heimgegangenen verdienstvollen schweizer Forschers D. Bloesch; das englische Kirchentum schildert in einer gedankenreichen Studie Prof. Carlyle in Oxford, das schottische Kirchentum in einer trefflichen Skizze Prof. D. Menzies in St. Andrews; überaus wertvolle wissenschaftliche Leistungen sind die Beiträge des Bischof D. Nielsen in Aalborg über den Protestantismus in den nordischen Landen und des Dorpater Kirchenhistorikers Prof. Berendts über den Protestantismus in Osteuropa. Von aktuellstem Interesse ist die Arbeit Prof. Ehrhardts in Paris über das evangelische Christentum in Frankreich und Belgien. Ein überaus anregendes Heft, das auch durch seine Illustrationen besonders fesselt, ist das 46., worin die berufenste wissenschaftliche Autorität der Waldenser, Prof. D. Comba in Florenz, über protestantisch-christliches Leben in Italien berichtet. In einem Nachtrag schildert Pfr. Lessing in Florenz die deutsch-evangelische Arbeit in Italien. Ueber das Evangelium in Spanien und Südamerika bringt das Werk überaus wertvolle Aufzeichnungen des heimgegangenen Pastor Fr. Fliedner in Madrid. Der überaus gehaltvollen Schilderung des Protestantismus in Nordamerika und Australien aus der Feder des rühmlichst bekannten Prof. Alb. H. Newman ist in dem Werke ein breiter Raum gewährt worden. — Ein besonders Kleinod des ganzen Werkes ist die 49. Lieferung. Unter dem Gesamttitel: „Das protestantische Jahrhundert" wird hier in einer Reihe bedeutsamer Publikationen der Nachweis erbracht, daß die politische, soziale, wissenschaftliche und künstlerische Entwickelung des neunzehnten Jahrhunderts unter dem bestimmenden Einfluß des Protestantismus gestanden hat. Das Heft enthält Beiträge von Prof. Egelhaaf in Stuttgart, Prof. D. Sell in Bonn, Prof. Dr. Lasson in Berlin-Friedenau, Pastor Dr. Portig in Bremen und Prof. Dr. Wernicke in Braunschweig. — Den würdigen Schluß des Werkes bildet eine Arbeit von Prof. D. Seeberg in Berlin: Der Protestantismus unter Kaiser Wilhelm II.; die Kräfte der Gegenwart und die Aufgaben der Zukunft; die bis in die Entwickelung der jüngsten Zeit hineingreift. — Wir verfehlen nicht, noch einmal nachdrücklich dieses Werk allen evangelischen Lesern zu empfehlen. Keine schönere Gabe als dieses Werk kann den Weihnachtstisch eines protestantischen Hauses schmücken!

Dr. C. „Für die Buren", Gedichte von Johannes Stauffacher in St. Gallen, betitelt sich eine kleine Sammlung warmherzig empfundener Gedichte, welche mir bei einer Herbsttour ins St. Galler-Land der freundliche Zufall in die Hand spielte. Es sind nur zwölf Gaben, goldechte Gaben eines Dichters von Gottesgnaden. Ausbrüche der Begeisterung für das kleine, südafrikanische Volk germanischer Rasse, welches heldenmütig seine Freiheit und Selbständigkeit bis zum letzten Atemzug verteidigt hat, Zornesausbrüche ob der unerhörten Ruhe, mit welcher die Kulturstaaten dem scheeren Ausgang dieses ungleichen Kampfes zugeschaut haben. Aber sie sind wert, aus dem kleinen Kreise, welchen sie für das todesmutige Burenvolk begeistern wollten, in weitere Interessengebiete hinausgetragen zu werden. Und sie sind von diesem Standpunkte aus im Augenblick vielleicht willkommen, wo die Barmherzigkeit und Menschlichkeit der stammverwandten Nationen von allen Seiten her zur Milderung des durch den dreijährigen Krieg heraufbeschworenen großen Elends aufgerufen werden. Wenn die Erscheinung des Lichts — des Heils der Welt, wenn das große Fest der Christenheit demnächst wieder die Herzen freudig stimmen wird, dann wird, daran ist ja wohl kaum zu zweifeln, mit neuer Anteilnahme auch wieder des unglücklichen Burenvolkes in Südafrika gedacht werden, dann mögen Stauffachers begeisterte Dichtungen anregend und zu werkthätiger Hilfe auffordernd hinausklingen in die glückliche Menschheit unter der strahlenden Weihnachtstanne, die Lieder, welche, wie der Verfasser selbst sagt, aus dem Mitleide und aus der Liebe geboren sind, dann mögen diese begeisterten Gedichte ihrem eigentlichen Zweck gerecht werden und erinnern an die Not und das Elend, unter deren Druck die Burenfamilien in diesem Jahre den Weihnachtsabend werden anbrechen sehen.

* Edwin Bormann. Es lebe der Humor! Neue Dichtungen in Hochdeutsch und Sächsisch. (Im Selbstverlag des Verfassers, Leipzig.) Preis 2 M. Das Buch des bekannten Humoristen enthält eine Fülle heiterer Balladen, Schwänke, Lieder, Schelmereien und Sprüche. Ein Kapitel ist dem „Ehe-Paradies" gewidmet. Eine Anzahl kurzer Gedichte schildert „Was de Leide zu Max Klinger'sch Beethoven sagen". Einige der drastischsten sächsischen Balladen wurden zuerst durch die Münchener „Fliegenden Blätter" bekannt: „Der Defbot", „'s Schnuppduch Nummer Nein", „Der Dembel", „'s Dolder-Paradies". Aus den hochdeutschen Dichtungen nennen wir: „Das Amselnest", „Der Mandarinen-Doktor", „Die Sabinerinnen", „Im Zarathustra-Klub".

Für die Redaktion verantwortlich: Felix v. Eckardt in Karlsruhe.

Geben Sie Ihren
Drucksachen
ein vornehmes und eigenartiges Ansehen.
Die Accidenz- und Buchdruckerei der „Badischen Landeszeitung" in Karlsruhe, Hirschstrasse No. 9 empfiehlt sich zur Anfertigung aller
Drucksachen
als
Kataloge, Prospekte, Preislisten, Broschüren.
Merkantile Drucksachen
in jeder Art und Ausführung.
Impressen-Druckerei für Staats- und Gemeinde-Behörden.
Massen-Auflagen in Rotationsdruck.
Mit Berechnung, Entwurf und Voranschlägen stehen wir kostenlos zu Diensten.
Telefon 401.

Ueber alles erhaben!
Die Lieblings-Cigarre von vielen Tausend Rauchern.
Marke Gerbode Ges. gesch.
1 Kiste mit 200 St. M. 13.— portofrei
Reichsbank-Giroconto CARL GERBODE · GIESSEN 6.
Import Cigarren Export
Illustrirte Preisliste gratis und franco.
9907

Dr. Oetker's
Backpulver 10 Pfg.
Vanillin-Zucker 10 Pfg.
Pudding-Pulver 10 Pfg
Millionenfach bewährte Recepte gratis von den besten Kolonialwaren- und Drogengeschäften jeder Stadt.

Thüringer Wurst
Ger. Rothwurst Pfd. 70 Pf., Leberwurst Pfd. 70 Pf., Kaiserwurst Pfd. 75 Pf., Knackwürste Dtzd. 155 Pf., Bratwurst, runde u. lange, Pfd. 85 Pf., Cervelat- und Salami Pfd. 120 Pf. Nur per Nachn. mit Schlachthofattest.
Wurstfabrik Otto Schubert, Gera R. 257
10036

„GALA PETER"
DIE ERSTE ALLER MILCH-CHOCOLADEN
Fabrik in VEVEY Schweiz
FEINSTE SPEISE-CHOCOLADE
JEDE ANDERE MARKE IST NACHAHMUNG
9593

Schiffsjungen
sucht und placiert sofort auf Segelschiffen mit transatlantischen Reisen. Mittel zur Ausrüstung erforderlich.
Nicolaus Schütt,
10024 Heuerbureau,
Hamburg, Herrengraben 41.

Verantwortlich für Reklamen und Inserate: Eugen Proestler in Karlsruhe.

Druck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Hirschstraße Nr. 9 in Karlsruhe